



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 5./6. Mai 2020

Nachdem die letzte Session noch abgesagt wurde, fand die Mai-Session statt – wenn auch unter etwas anderen Umständen: Nicht wie gewohnt im schönen Solothurner Kantonsratssaal, sondern in der nahe gelegenen und etwas weniger heimeligen CIS-Sporthalle. Auch wenn die Umstände mehr zu reden gaben als die eigentlichen Geschäfte, so war es dennoch sehr wichtig, dass der Kantonsrat sich wieder treffen konnte und somit ein Stück weit politische Normalität einkehrte.

Aufgrund der fehlenden technischen Möglichkeiten musste von Hand abgestimmt und gezählt werden, was für uns Kantonsräte zu teils ungewohnter Spannung führte – in einem Fall gar zu Konfusion: Gemäss den Voten der einzelnen Fraktionssprecher war davon auszugehen, dass ein Antrag der Justizkommission abgelehnt werden wird. Bei der Abstimmung selber hatte aber plötzlich eine Mehrheit die Stimmkarte oben – allgemeine Verwunderung machte sich breit. Es ist anzunehmen, dass einige irrtümlich falsch aufgestreckt haben. Dies sah auch Regierungsrätin Brigitte Wyss so und versuchte daher beim Ratspräsidenten noch zu intervenieren. Dieser wollte aber nichts von einer Wiederholung der Abstimmung wissen. Persönlich konnte ich das Ganze gelassen zur Kenntnis nehmen, denn eigentlich wäre ich in der Minderheit gewesen...

Zu den Geschäften: Auch diese waren etwas anders als sonst. Zuerst galt es, die in den letzten Wochen vom Regierungsrat beschlossenen **Notverordnungen** nachträglich zu genehmigen. Alles in allem stellte der Kantonsrat dem Regierungsrat ein gutes Krisen-Zeugnis aus, weshalb die insgesamt sechs Verordnungen kaum zu grossen Diskussionen führten – auch wenn es punktuell natürlich schon einzelne Fragen gab.

Speziell war auch, dass insgesamt sechs sogenannte **«dringliche Aufträge»** eingereicht und somit ad hoc darüber (d.h. über die Dringlichkeit) diskutiert werden musste. Fünf dieser Aufträge standen in mehr oder weniger direktem Zusammenhang mit der Corona-Situation. Vier wurden schliesslich für dringlich befunden, das heisst, diese werden uns in der nächsten Session noch einmal beschäftigen, dann inhaltlich.

Diskutiert und verabschiedet wurde dann aber doch auch noch das eine oder andere «normale» Geschäft, unter anderem das neue **Polizeigesetz**. Neben einer verlängerten Ausbildungszeit sollen der Polizei primär mehr Kompetenzen in der Fahndung eingeräumt werden. Die Bestimmungen über die verdeckten Vorermittlungen sollen dabei an das geänderte Täterverhalten und die neuen Technologien angepasst werden. Dabei galt es den Spagat zwischen mehr Kompetenzen für die Polizei und Schutz der Privatsphäre des Bürgers zu machen, was zu Diskussionen führte. Am Schluss übersprang das Gesetz die Hürde der Zweidrittels-Mehrheit, welche es brauchte, damit es zu keiner obligatorischen Abstimmung kommt. Das Referendum wurde jedoch bereits angekündigt, womit sich der Stimmbürger dann wohl doch noch an der Urne dazu äussern muss/darf.

In Kürze

Beschlossen wurde das neue **«Behördenportal-Gesetz»**, welches die Grundlage bildet, damit Kanton und Gemeinden zukünftig ihre Dienstleistungen online anbieten können. Diskutiert wurde im Rahmen von zwei Interpellationen über das **Trinkwasser** sowie über den von den Solothurner Spitäler angekündigte **Umbau bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie**.

Die nächste Session findet am 23./24. Juni und 1. Juli 2020 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Eingereicht habe ich eine kleine Anfrage zum Thema **«Besuchsverbot»**. Viele Personen in Alters- und Pflegeheimen, in Spitälern und in Wohnheimen leiden unter den geltenden Einschränkungen. Es gilt daher darauf zu achten, dass die negativen Auswirkungen des Besuchsverbots nicht grösser sind als der Nutzen. Der Regierungsrat soll sich hier stärker für eine Lockerung einsetzen.

Zudem habe ich einen Auftrag lanciert, welcher erreichen möchte, dass die **Familien** für die «Corona-Zeit» eine Anerkennung erhalten. Während Firmen für diese ausserordentliche Phase auf die eine oder andere Art finanziell unterstützt wurden/werden, können Familien bisher mit keiner zusätzlichen Unterstützung rechnen, obwohl gerade sie mit Homeoffice und/oder Heimunterricht teils doppelt gefordert waren. Die soll korrigiert werden.

Auf Initiative unseres EVP-Präsidenten Elia Leiser hin, habe ich zusammen mit dem obersten Solothurner Lehrer einen Auftrag zum Thema **«Sicherheit im Schwimmunterricht in der Schule»** eingereicht.